

# Ideologien als Gegenstand der Politischen Ideengeschichte

von Clara Maier

Bericht zur Konferenz „The History of Political Thought in the Age of Ideologies, 1789-1989“ vom 31. Mai bis 1. Juni 2018 an der Queen Mary University of London

Einer nicht nur unter Historiker\*innen und Politikwissenschaftler\*innen verbreiteten Vorstellung zufolge wurde das politische Denken und Handeln während des 19. und 20. Jahrhunderts maßgeblich durch die wirkmächtigen Ideologien des Liberalismus, des Konservatismus und des Sozialismus geprägt, weshalb die immerhin 200 Jahre umspannende Periode gern als „Zeitalter der Ideologien“ etikettiert wird. Diese Vorstellung beruht auf der meist unausgesprochenen Voraussetzung, dass die genannten Ideologien einen festen und über die Zeit hinweg konstanten Inhalt haben, der sie identifizierbar und unterscheidbar macht. Aber was passiert, wenn man diese Voraussetzung in Frage stellt? Was bedeutet es für die Politische Ideengeschichte, wenn wir Ideologien nicht mehr als Container begreifen, in denen ein fest miteinander verbundenes Set von Ideen, Normen und Werten in unveränderter Zusammensetzung durch die Zeit reist? In welchem Sinn lässt sich dann noch von Ideologien sprechen? Diesen Fragen widmete sich eine Konferenz, zu der das renommierte Centre for the Study of the History of Political Thought der Queen Mary University nach London geladen hatte.

QUENTIN SKINNER (Queen Mary, London), einer der drei Ko-Direktoren des Centre, eröffnete die Veranstaltung gleich mit einem Paukenschlag, indem er den herkömmlichen Ideologiebegriff und die mit ihm verbundene Periodisierung der Geschichte kurzerhand für obsolet erklärte: Es gäbe überhaupt kein Zeitalter der Ideologien, so der Altmeister der politischen Ideengeschichte. Ein solches Zeitalter zu postulieren setze voraus, dass es Ideologien als einen historisch und begrifflich klar abgrenzbaren Gegenstand gibt. Als zusammengesetzte Gebilde müssten Ideologien zudem von allgemeinen Ideen unterscheidbar sein. Eine solche Unterscheidung jedoch, so Skinner, sei ebenso problematisch wie die ebenfalls mit dem Ideologiebegriff verbundene Unterscheidung von ‚wahrer‘ politischer Philosophie und ‚falscher‘ Ideologieproduktion, setze sie doch einen objektivistischen Wahrheitsbegriff voraus, der gerade Historikern nicht anstünde. Wahrheit sei eben, so Skinner mit Verweis auf Richard Rorty, keine transzendente

Realität, die unabhängig von ihrem sozialen und historischen Kontext existiere. Wahrheit sei vielmehr eine Eigenschaft von Sätzen, die im Kontext der als legitim anerkannten Sprachspiele einer bestimmten Gesellschaft allgemeine Zustimmung finden. Jede Idee bleibe daher eng mit ihrem historischen Entstehungskontext verbunden, sie stamme aus einer bestimmten Zeit und verweise auf einen spezifischen politischen und sozialen Rahmen. Daraus folge, so Skinner, dass letztlich alle Ansichten in gewisser Weise Ideologien seien. Und weil jedes Zeitalter seine eigenen Wahrheiten und Ideen kenne, sei eben auch jedes Zeitalter ein Zeitalter der Ideologien.

Damit hätte die Diskussion nach dem Auftaktvortrag schon wieder beendet sein können. Zum Glück war sie es nicht. Wie auch immer man zu Rortys Konzeption von Wahrheit und Skinners Kontextualismus stehen mag - in begriffs- und diskursgeschichtlicher Hinsicht können die zwei Jahrhunderte zwischen der Französischen Revolution und dem Fall des Eisernen Vorhangs eben doch ganz selbstverständlich als das Zeitalter der Ideologien gelten: Denn als Wort, als Begriff und als Vorstellung gibt es „Ideologie“ und „Ideologien“ überhaupt erst seit den Tagen der französischen Spätaufklärung. Antoine Destutt de Tracy entwarf 1796 sein Programm von der Ideologie als einer neuen, präzisen Wissenschaft von den Ideen verstanden als sinnliche Wahrnehmungen. In der Folgezeit geriet der Begriff gerade aufgrund seines revolutionären Ursprungs zunehmend in die Kritik und verkam zum Schimpfwort. So sprach Napoleon nach dem Staatsstreich vom 18. Brumaire von der „finsternen Metaphysik“ der Ideologen um Destutt de Tracy und wandte sich besonders gegen deren Anspruch, auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Betrachtung der menschlichen Erkenntnisfähigkeit eine ideale moralische und politische Ordnung errichten zu können. Hier traf also Machtpolitik auf eine spezifisch ‚ideologische‘ Herleitung politischer Grundsätze. In einem pejorativen Sinn, verstanden als Metaphysizierung und Legitimierung der realen Herrschaftsverhältnisse, erscheint der Begriff auch bei Karl Marx. „Ideologie“, im Kontext der Französischen Revolution noch als neue Grundlagenwissenschaft und Quell sicherer Erkenntnis ausgerufen, wird für Marx und die an ihn anschließenden Theoretiker zum Inbegriff einer verzerrten und verschleiernenden Darstellung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Mit dem radikalen Bedeutungswandel des Begriffs beginnt seine Erfolgsgeschichte, denn als Ausdruck falschen Bewusstseins avanciert „Ideologie“ zu einem zentralen Gegenstand kritischer Gesellschaftstheorie. Eine weitere Bedeutung gewinnt der Begriff schließlich durch Lenin, der ihr die positive Aufgabe zuweist, zwischen der politischen Avantgarde der Kommunistischen Partei und den nach wie vor im falschen Bewusstsein gefangenen Angehörigen der Arbeiterklasse zu vermitteln und sie für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Insgesamt avanciert „Ideologie“ zu dem politischen Kampfbegriff, als der er für die öffentliche Auseinandersetzung in modernen Gesellschaften bis in die Gegenwart hinein bestimmend bleibt. Begriffs- und diskursgeschichtlich lässt sich die Rede vom „Zeitalter der Ideologien“ also sehr wohl verteidigen und Skinners These mit guten Argumenten widerlegen.

Wie ist es jedoch um Skinners These bestellt, wenn man sich nicht auf eine solche

Position zurückziehen, sondern an einem – auch in normativer Hinsicht – anspruchsvolleren Konzept von „Ideologie“ festhalten will? Inwiefern lassen sich die zwei Jahrhunderte seit der Französischen Revolution in einem empathischen Sinn als ein „Zeitalter der Ideologien“ verstehen? Skinners Kollege RICHARD BOURKE (Queen Mary, London) verwies in diesem Zusammenhang auf die spezifische Bedeutung der Massengesellschaft für die moderne Politik seit dem 18. Jahrhundert und plädierte dafür, den Begriff der „Ideologie“ nicht für ein mehr oder weniger beliebiges System von Ideen oder eine Weltanschauung zu gebrauchen, sondern ihn gezielt für eine spezifische Form einer auf massenhafte Zirkulation gerichteten Aufbereitung und Präsentation von Ideen zu verwenden. Die breiten Massen, die im Verlauf des 19. und dann insbesondere des 20. Jahrhunderts auf ganz neue Weise zu Akteuren des politischen Prozesses wurden, hätten als Adressaten einer Ideologisierung fungiert, der es weniger um Aufklärung als um Politisierung beziehungsweise Mobilisierung zu tun gewesen sei. An diese Vorstellung des Zeitalters der Ideologien knüpften sich, so Bourke, entscheidende historiographische und methodologische Fragestellungen für den Historiker dieser Epoche. Diese zu diskutieren, das zeigte die Konferenz in London, ist ein Desiderat für eine Subdisziplin der Geschichtswissenschaft, die in den letzten Jahren, nicht nur in Deutschland, sondern auch international zunehmend in die Defensive geraten ist.

Dazu gehört, wie bereits eingangs erwähnt, die mit der Vorstellung von einem „Zeitalter der Ideologien“ verbundene historische Periodisierung, die durchaus kritisch hinterfragt werden muss: Inwiefern lassen sich aus der Politischen Ideengeschichte thematische Zusammenhänge erschließen, die es erlauben, das lange 19. und das kurze 20. Jahrhundert zusammen zu denken? Der Verweis auf die sich wechselseitig verstärkenden Prozesse von Massenpolitik, Massenmedien und Demokratisierung spielt hier sicherlich eine wichtige Rolle. So lässt sich beispielsweise zeigen, dass die ansteigende Alphabetisierung eine neue Form des Umgangs mit politischen Ideen zur Folge hatte. Auch ergeben sich, wenn man im Einklang mit Hannah Arendt und anderen daran festhält, die Wurzeln der ideologischen Abgründe des 20. Jahrhunderts im 19. Jahrhundert zu suchen, wichtige Bezüge zu kollektiv wirksamen Anschauungen wie Imperialismus und Rassismus. In dieser Hinsicht blieb die Konferenz jedoch leider, vielleicht auch wegen ihres recht engen, vor allem auf die westliche Welt gerichteten Fokus', neue Antworten schuldig.

Eine interessante Perspektive auf die beiden Jahrhunderte seit der Französischen Revolution ergab sich aus den Referaten von PETER GHOSH (Oxford), JENNIFER PITTS (Chicago) und GARETH STEDMAN-JONES (Queen Mary, London), die aus unterschiedlichen Perspektiven die ‚Ideologie‘ des Liberalismus in den Blick nahmen: Demnach hat sich im vermeintlichen „Zeitalter der Extreme“ (Hobsbawm) gerade der Liberalismus als die prägendste und ausdauerndste ideologische Kraft erwiesen, die bis heute eine größere Vielfalt von politischen Agenden hervorgebracht hat als jede andere. Hier gelte es im Anschluss an die derzeitigen Debatten etwa in der Globalgeschichte zum sogenannten Neoliberalismus und zum

libertären Denken neue Brücken zu schlagen und so die Neuformierungen und Wandlungen liberalen Denkens auch ideengeschichtlich zu erfassen.

Wichtige Impulse gingen von den verschiedenen Referaten auch in Hinblick auf die methodologischen Probleme einer Politischen Ideengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts aus. So wurde deutlich, dass Ideologien eine andere Herangehensweise fordern, da sie nicht dem Denken eines einzelnen Autors entstammen, sondern über die Zeit von unterschiedlichen Akteursgruppen hervorgebracht und ständig verändert, erneuert und weiterentwickelt werden. Zudem haben sie als Denksysteme nicht nur einen weiterklärenden Anspruch, sondern auch eine breite Massenwirkung. Sie formen also nicht nur das Denken bestimmter Gruppen, sondern beeinflussen auch deren soziales und politisches Handeln. Gerade eine von der Cambridge School um Quentin Skinner beeinflusste Ideengeschichtsschreibung hat sich dem Problem der Quellen und der Autorschaft in neuer Weise zu stellen. Traditionell spielt für die vor allem am Umgang mit Texten aus dem 17. Jahrhundert geübte intellectual history der Begriff der Autorintention eine wichtige Rolle. Eine Ideengeschichtsschreibung, die an Stelle individueller Werke nun kollektive Konstrukte in den Blick nehmen wollte, wäre genötigt, ihre Fixierung auf den einzelnen Urheber aufzugeben, zumindest aber zu relativieren. Ideologien sind nicht das Werk einzelner Denker\*innen oder Autor\*innen. Vielmehr sind sie als die aus Versatzstücken zusammengesetzte Produkte des Denkens Vieler zu verstehen, die in komplexer Weise tradiert, variiert und überformt werden.

EMILY JONES (Cambridge), die sich jüngst mit einer großartigen Studie über *Edmund Burke and the Invention of Modern Conservatism* einen Namen in der Ideengeschichte gemacht hat, zeigte genau eine solche Überformung in ihrem Referat auf. Sie stellte dar, wie sich der britische Konservatismus am Ende des 19. Jahrhunderts ideologisch neu formierte. Gestützt auf eine tendenziöse Darstellung der Geschichte der Französischen Revolution gelang es den Tories sich als Partei des Konstitutionalismus zu präsentieren, während sie ihre politischen Gegner – die Liberalen um Lloyd George – erfolgreich als Jakobiner darstellten. Die Aneignung von Geschichte als einem politischen Narrativ war, wie Jones betonte, hier das entscheidende Mittel in der Konstruktion der politischen Ideologie des Konservatismus.

ANDREW SARTORI (NYU) wiederum zeigte in seinem Vortrag über die Geschichte der Landreformen in Bengalen während der 1930er- und 1940er-Jahre, wie Versatzstücke liberaler Philosophie zu entscheidenden Argumenten im Kampf um das ländliche Eigentum wurden. Sartori entwickelte an diesem Beispiel seine Vorstellung vom Liberalismus als einem, wie er sich ausdrückte ‚shaggy concept‘, also einem ausfransenden Konzept ohne klare Konturen. Im Gegensatz also zu einer Politischen Ideengeschichte, die versucht, klare ideologische Oppositionen herauszuschälen, sieht Sartori die Aufgabe des Ideenhistorikers gerade darin, die ideologische Unordnung von Weltanschauungen wie dem Liberalismus herauszuarbeiten. Ungeachtet seines Plädoyers für den offenen und mitunter

buntscheckigen Charakter von Ideologien betonte allerdings auch Sartori, dass die verschiedenen Teile einer Ideologie nicht wahllos verformt werden könnten. Das Interessante an der Übertragung, Anwendung und Überformung von Ideen seien gerade deren ‚entailments‘, also deren theoretische Implikationen oder Folgewirkungen. Ohne es zu wollen oder zu wissen, so Sartori, schleppten Akteure mit bestimmten Argumenten auch bestimmte Formen des Denkens mit, die dann wiederum in der Anwendung eine ideologische Eigendynamik entwickeln können. So hätten bengalische Pächter ganz im Sinne John Lockes argumentiert, dass sie als Bearbeiter des Landes dessen natürliche Eigentümer seien. Als dann aber die Tagelöhner eben jener Pächter mit demselben Argument ihren Anspruch auf das Land geltend machten, entdeckten Letztere schnell auch wieder die Vorzüge einer Trennung von Eigentum und Arbeit und erkannten den Primat des Staates bei der Verteilung von Land an.

Aus der Auseinandersetzung mit dem strategischen Einsatz ideengeschichtlicher Argumente ergibt sich mehr oder weniger direkt die Frage nach der praktisch-politischen Wirkmächtigkeit, die Ideenhistoriker\*innen ihrem Gegenstand zuschreiben sollten. Wenn die Politik der Moderne entscheidend von Ideologien geprägt ist, wie prägen diese Ideologien dann diejenigen, die mit ihnen, für sie oder unter ihnen leben? In der traditionellen marxistischen Denkart fungieren Ideologien als Verschleierung der tatsächlichen Machtverhältnisse. Aus dieser Perspektive betrachtet wäre das Studium von Ideologien zwar eine unter Umständen interessante, aber keineswegs erkenntnisfördernde Angelegenheit. Wichtiger als der konkrete Inhalt einer Ideologie wäre die Einsicht in ihre herrschaftsstabilisierende, den status quo legitimierende Funktion. Die Mängel einer derart verkürzten Vorstellung von Politik und Geschichte haben nicht erst Michel Foucault und Antonio Gramsci aufgezeigt: Ideen verschleiern nicht, sie sind eigenständig wirkmächtige Teile des historischen Prozesses. Die meisten Phänomene und Ereignisse des menschlichen Lebens ließen sich ohne die spezifische Zurichtung der Handlungs- und Denkräume durch bestimmte Deutungsrahmen, wie sie uns durch spezifische Traditionen der Welterfassung zur Verfügung stehen, überhaupt nicht erklären. Das feine Netz des Denkbaren legt sich über alles, was Menschen tun, und dieses zu erkunden muss Aufgabe einer Politischen Ideengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts im Besonderen sein.

Eine Politische Ideengeschichte, die diesen Aspekten Rechnung trägt, muss ihre Akteure und ihre Quellen neu bestimmen. Statt der großen Denker und den zentralen Ideen muss es ihr (auch) darum zu tun sein, die Wirksamkeit von ideologischen Mustern in spezifischen Kontexten zu bestimmen. Um diese zu erfassen, muss sich die Politische Ideengeschichte im Zeitalter der Ideologien stärker als bisher weniger bekannten Autor\*innen und Denker\*innen zuwenden und sich einer Vielfalt von Quellen stellen, die von Zeitungen und Pamphleten über bürokratische Aufzeichnungen und Regierungsnotizen bis hin zu Dossiers und Gerichtsurteilen reicht. Auf diese Weise kann sie erhellen, wie bestimmte ideologische Formationen politische Entscheidungen ermöglichten, begünstigten oder legitimierten. Eine so verstandene Politische Ideengeschichte untersucht dann

nicht einfach politische Theoreme, sie lotet den Raum und den Rahmen aus, innerhalb dessen Politik in einer bestimmten Zeit überhaupt möglich ist. Sie würde damit insbesondere dem 19. und 20. Jahrhundert, vielleicht aber auch den Jahrhunderten zuvor, auf neue Weise gerecht. In seinem Manifest *Meaning and Understanding* schrieb Quentin Skinner, es sei ein Gemeinplatz, dass unsere eigene Gesellschaft „unserer Vorstellungskraft nicht erkennbare Grenzen“ setze. Diese Grenzen der Vorstellungskraft vergangener Zeiten historisch zu erfassen und zu reflektieren, dieser Aufgabe muss sich die Politische Ideengeschichte neu stellen.

Hier geht es zum Tagungsprogramm.

---